Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 14

Artikel: Die CSSR-Wirtschaft 1968 : der zweite Start der Reformen

Autor: Schmidt, Ernest

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die CSSR-Wirtschaft 1968

Der zweite Start der Reformen

Von Ernest Schmidt

Die Tschechoslowakei war schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein industriell entwickeltes Land, das neben einer angemessenen Schwerindustrie (die im Jahr 1937 bereits 1,7 Mio. Tonnen Roheisen sowie 2,3 Mio. Tonnen Stahl produzierte) vor allem über eine hochentwickelte Leichtindustrie verfügte, deren Erzeugnisse in der ganzen Welt bekannt waren. Mit der Machtergreifung der Kommunistischen Partei im Jahr 1948 haben sich in der Wirtschaftspolitik des Landes wesentliche Aenderungen ergeben. Im Sinne des von Moskau aufgezwungenen marxistisch-leninistischen Systems wurden alle Kräfte zum vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie eingesetzt, obwohl die wichtigsten Vorbedingungen (Rohstoffe) dazu *nicht* vorhanden waren. Zur gleichen Zeit hatte man den bedeutendsten Industriezweig des Landes, die Leichtindustrie, vernachlässigt und schrittweise verkommen lassen, so dass ihre ehemals weltberühmten Produkte auch in der inländischen Presse wegen ihrer mangelhaften Qualität wiederholten Kritiken ausgesetzt waren.

Die Konkursmasse laut Aktionsprogramm

Die doktrinäre und wirklichkeitsfremde Wirschaftspolitik, für welche die Kommunistische Partei die alleinige Verantwortung trägt, führte in die Sackgasse. Die Konkursmasse wurde im Aktionsprogramm (5. April 1968) der neuen Parteileitung sehr offen und anschaulich dargestellt. Die Hauptpunkte können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Waren- und Geldbeziehungen sowie die Regulatortätigkeit des Marktes wurden durch einen zentralen Dirigismus ersetzt, was in der wirtschaftlichen Struktur des Landes zu Verzerrungen und auf dem Binnenmarkt zu erheblichen Störungen führte. Die qualifizierte Arbeit war nicht mehr gefragt, was sich vor allem für den Export sehr nachteilig auswirken musste. Alle diese Umstände sowie der ständig zunehmende Rückstand gegenüber den hochentwickelten Industriestaaten auf dem Gebiet der Infrastruktur, die rückläufigen Dienstleistungen, die katastrophalen Wohnverhältnisse usw. haben einen wesentlichen Beitrag zur *Senkung des Lebensstandards* der Bevölkerung geleistet.

Alle diese Feststellungen sind deshalb von Bedeutung, weil sie als Ergebnis einer mehrtägigen Beratung des Zentralkomitees, dieses allerhöchsten Gremiums der Partei, veröffentlicht wurden. Folglich handelt es sich darin um eine amtliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes nach 20 Jahren kommunistischer Herrschaft.

Preissystem und Reform

Die tschechoslowakischen Oekonomen haben diese Schwierigkeiten schon vor mehreren Jahren erkannt und bereits im Jahre 1964 einen Vorschlag zur Reform des bestehenden wirtschaftlichen Mechanismus unterbreitet. Danach sollte die Planung dezentralisiert, die *Selbständigkeit der Betriebe* erweitert, ihre Tätigkeit auf *Rentabilität* und *Gewinn* ausgerichtet werden. Um dies zu erreichen, drängte sich vor allem eine *Reform des bestehenden Preissystems* auf, weil die zentral festgelegten Fixpreise die wirtschaftliche Tätigkeit hemmten und dabei nicht einmal alle Kostenfaktoren berücksichtigten.

Die Anfang 1967 durchgeführte *Reform der Grosshandelspreise* (Industriepreise) hatte nur teilweise die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllen können. Sie wurde mit Hilfe der modernen Rechentechnik in relativ kurzer Zeit vorbereitet und verwirklicht, wobei die Preisrelationen von ungefähr 25 000 Warengruppen eine Aenderung erfuhren. Im Interesse einer besseren Marktversorgung legte man die Preise der Mangelwaren vorübergehend *höher,* die der überschüssigen Produkte dagegen etwas *niedriger* fest. Damit sollte der Marktmechanismus etwas Spielraum erhalten, da man einsehen musste, dass bei den vorhandenen rund 1,5 Millionen Preispositionen (!) kein Zentralorgan in der Lage war, eine elastische, ohne durch bürokratische Verzögerungen belastete Preisbewegung zu gewährleisten.

Wie in den übrigen sozialistischen Staaten gibt es auch in der Tschechoslowakei *drei* verschiedene Preisgruppen:

Die «genial einfache Methode»

(Fortsetzung von Seite 3)

niedrigungen und Drohungen. Manchmal musste man tagelang mit dem Gesicht zur Wand stehen. Die ständig wiederholten, gleichbleibenden Fragen zerrütteten die Gefangenen nervlich, zumal man nach lang anhaltenden Verhören für längere Zeit einfach ‚aufs Eis gelegt' wurde, d. h. man wurde in die Einzelzelle zurückgeführt und seinen Gedanken überlassen. Dabei durfte man sich nicht einmal beim Essen hinsetzen. Durch das häufige Wecken in der Nacht wird die Nervenbelastung noch verstärkt. Dazu muss man sich die Atmosphäre vorstellen, in der wir uns befanden. Jede Weile konnte man hören, wie ein regloser Körper weggeschleift wurde oder die verzweifelten Schreie gefolterter Männer und Frauen. Die Roheit der Aufseher und das Bewusstsein der absoluten Unschuld und Machtlosigkeit waren nicht das Aergste, sondern das Bewusstsein, dass ich ein Opfer der eigenen Partei war, für die ich gelebt hatte, der ich alles gewidmet hatte, was ich besass. Nach monatelangen Qualen bekam ich Drogen verabreicht — was ich auch später herausfand. Man hatte dabei das Gefühl, mit Lachgas narkotisiert zu sein. Man war benommen, aber das Gefühl an und für sich war nicht unangenehm. Allerdings steigerte sich in einem dabei die Angst, verrückt zu werden. Der Mann, der uns mit Drogen behandelte, war der Gefängnisarzt Dr. Sommer (er hat vor kurzem Selbstmord verübt. Anm. d. Red.). Endlich bekannte ich mich zu allen möglichen Verbrechen, und zwar definitiv. Ich dachte überhaupt nicht mehr an irgendeine Berufung, ja ich empfand nicht einmal mehr Reue oder Schamgefühl darüber, dass ich log. Vor dem Prozess musste ich meine Aussage auswendig lernen. Ein ‚Frage-und-Antwort-Protokoll' wurde abgefasst, d. h. ein Protokoll mit den Fragen, die mir der Richter oder Staatsanwalt zu stellen hatte, und meine Antworten. Als ich diese Antworten auswendig gelernt hatte, wurde eine Probe veranstaltet. Ich vermag mich nicht in das Gemüt jener Leute zu versetzen, die für all dies verantwortlich sind, die das gebilligt, ja verherrlicht haben, und vergnügt leben, ja sogar sich anmassen, ihren Opfern Zensuren zu erteilen.»

Soweit ein kurzer Auszug. Es ist die erste Veröffentlichung innerhalb des Ostblocks über die verbrecherischen Mittel und Methoden, die in all diesen Ländern nicht nur in den fünfziger Jahren, sondern gelegentlich auch später, wie z. B. im Budapester grossen Katholikenprozess im Jahre 1961, vor den Augen einer nichtsahnenden Welt angewendet wurden. Man verstand es lange nicht, warum unschuldige Opfer um ihre Aburteilung bettelten und die unglaublichsten Verbrechen auf sich nahmen.

In der Tschechoslowakei werden die gestrigen Henkersknechte früher oder später auf Grund der Anklagen der noch am Leben gebliebenen gestrigen Opfer zur Verantwortung gezogen. Das tschechoslowakische Parlament hat das Gesetz über die gerichtliche Rehabilitierung am 25. Juni 1968 angenommen. Die Regierung ging davon aus, dass zwischen dem 24. August 1948 und dem 31. Juli 1965 die Ungesetzlichkeit der Gerichtsverfahren Bürger betroffen hat, die weder Feinde der sozialistischen Gesellschaftsordnung waren noch gegen diese eine feindliche Tätigkeit ausgeübt haben. Die gerichtliche Rehabilitierung soll nun das damals begangene Unrecht an Parteimitgliedern und an Parteilosen beseitigen. Etwa 100 kompromittierte Richter sind entlassen worden. Die Zahl der Rehabilitierungsfälle wird gegenwärtig auf 70 000 bis 100 000 geschätzt. Das Rehabilitierungsverfahren wird kostspielig sein und etwa zwei bis drei Jahre dauern. Es soll den Bürgern den Glauben an Gesetz und Gerechtigkeit wiedergeben, auch wenn die Rehabilitierung das Leben der Opfer nicht mehr wiedergeben kann.

Die Bedeutung dieser Massnahmen kann aber erst dann richtig gewertet werden, wenn man sie mit den dementsprechenden Massnahmen anderer volksdemokratischer Staaten in der Periode der Entstalinisierung vergleicht. Kein anderer Staat gewährte seinen Bürgern eine so umfassende moralische und materielle Wiedergutmachung, wie es die Tschechoslowakei tat. Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie die Sowjetunion kümmerten sich bisher nur um die Rehabilitierung einiger weniger kommunistischer Parteiführer, und für das Volk blieb nur der Trost der Tränen.

1. *Fixpreise.* In diese Gruppe gehören jene volkswirtschaftlich wichtigen Erzeugnisse, die für die Gesamtentwicklung von ausschlaggebender Bedeutung sind, wie z. B. die Rohstoffe, Brennstoffe, Energie, Grundnahrungsmittel und wichtigere Konsumgüter. Die Erzeugnisse mit Fixpreisen sollen in den nächsten Jahren etwa *15 Prozent* ausmachen.

2. *Limitpreise.* Diese können sich zwischen dem zentral festgelegten Maximum und Minimum frei bewegen und von den Lieferanten, nach Vereinbarung mit den Abnehmern, festgesetzt werden. Für ungefähr 80 Prozent aller Preise sind für die kommenden Jahre Limitpreise vorgesehen.

3. *Freie Preise.* Sie umfassen etwa 5 Prozent der Produkte, wie modische Erzeugnisse, Exklusivwaren, Dienstleistungen usw., also solche Waren, die keine Serienerzeugnisse darstellen. Bei diesen Preisen achten die Zentralstellen auf die Einhaltung bestimmter Grundsätze der Preisgestaltung und üben damit auf das Preisniveau nur einen indirekten Einfluss aus. Im *Konsumsektor* bestehen bei rund 13 Prozent der Produkte freie Preise und bei 87 Prozent Fixpreise. In den kommenden Jahren sind für ungefähr 20 Prozent dieser Warengruppe Limitpreise vorgesehen, die damit aus den Festpreisen herausgenommen werden.

Nach Auffassung der tschechoslowakischen Oekonomen führte die etwas übereilte Preisreform nicht in jeder Beziehung zum gewünschten Erfolg. So war vorgesehen, dass sich das Preisniveau als Folge der Grosshandelspreisreform um 21 Prozent erhöhen werde. Tatsächlich betrug die Preissteigerung aber 30 Prozent. Als Ursachen wurden mangelhafte Vorbereitung, ferner das Fehlen von Unterlagen bei den 25 000 Erzeugnisgruppen angegeben. Diese Tatsachen kamen auch auf der vorjährigen September-Tagung der tschechoslowakischen KP zur Sprache. Nach dem Bericht des Referenten für die Probleme der Wirtschaftsreform, L. Strougal, hatte der Umbau der Grosshandelspreise in der ersten Etappe nur gewisse begrenzte Ziele verfolgt, nämlich die Schaffung der Voraussetzungen zu einem System der Abgaben, aber keineswegs zu einem wirksamen Funktionieren des Mechanismus der ökonomischen Instrumente. Die neuen Preise belasteten noch nicht den Produzenten, d. h. die Betriebe, da diese im Fall einer unrentablen Geschäftsführung *vom Staat* auch weiterhin *subventioniert* werden.

Bürokratische Hintertreibung ...

Im allgemeinen stiess die Verwirklichung der Reform auf den Widerstand der Parteibürokratie, die — fachlich ungebildet — in der Entpolitisierung und Versachlichung der Wirtschaftsführung eine Schmälerung ihrer Befugnisse sah. Aus diesem Grund ging die Verwirklichung des neuen Wirtschaftsmechanismus nur schleppend voran. Die meisten der getroffenen Massnahmen waren nur eine Fassade, hinter der die bestehende Wirklichkeit im wesentlichen unverändert blieb. Das Drängen der Oekonomen auf effektive Massnahmen wurde mit Drohungen beantwortet, wobei die parteiamtliche «Rude Pravo» (3. 10. 1967, S. 1) ihnen u. a. die eventuelle Rückkehr «zum alten administrativen System» in Aussicht stellte.

Diese Sabotage der Wirtschaftsreform von seiten der Parteiadministration fasste der ehemalige stellvertretende Aussenhandelsminister, Eugen Loebl, den man im berüchtigten Slansky-Prozess (1952) zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und erst 1963 rehabilitiert hat, in der Zeitschrift «Kulturny Zivot» (20. 1. 1968) zusammen.

Das Grundübel, schreibt Loebl, sei darin zu suchen, dass die Mikroökonomie (betriebliche Interessen) noch immer von der Makroökonomie (staatliche Interessen) beherrscht werde, da dieses Erbe des alten administrativen Systems noch nicht überwunden sei. Vor allem könne keine Rede davon sein, dass die Unternehmen bereits über genügend Selbständigkeit verfügten. So hätten sich die Zentralorgane Möglichkeiten geschaffen, einen Teil des Gewinns der erfolgreichen Betriebe abzuschöpfen, um damit jene Fabriken zu subventionieren, die mit Verlust arbeiteten. Die Folge sei, dass weder der eine noch der andere Betriebstyp ein Interesse daran habe; seine Leistungsfähigkeit zu steigern, was den Zentralorganen einen Vorwand zur direkten Intervention gebe.

Die Zentralorgane hätten das *Lohnniveau* relativ *niedrig* festgelegt, was zur rationalen Verwendung der Arbeitskräfte keinen Anreiz biete. Da die menschliche Arbeitskraft billig sei, verzögere sich die Modernisierung der Betriebe, womit der zentralen Bürokratie ein neuer Vorwand geboten werde, sich in die inneren Angelegenheiten der Betriebe einzumischen. In der gleichen Richtung wirke auch die sogenannte *Stabilisierungsabgabe,* die darauf abziele, die Unternehmungen von der Einstellung neuer Arbeitskräfte abzuhalten. Damit werde de facto nur die Expansion der gut arbeitenden Betriebe gehemmt, wogegen die defizitären Unternehmen ihre überflüssigen Belegschaften auch weiter behalten könnten. Den Ausweg sieht Loebl in vermehrter Selbständigkeit der Betriebe. Vor allem müsse die bisherige Produktion für den Plan mit einer *Produktion für den Kunden* ersetzt werden, was ohne die Schaffung eines echten Wettbewerbs nicht möglich sei. Er bestreitet die Existenzberechtigung der höheren Wirtschaftsorgane nicht, beanstandet aber, dass die mittleren Zweigverwaltungen nicht von den Betrieben, sondern von den Zentralstellen geschaffen wurden, weshalb sie als ein Organ dieser letzteren zu betrachten sind.

... und Wiederbeginn bei den Reformvorschlägen von 1964

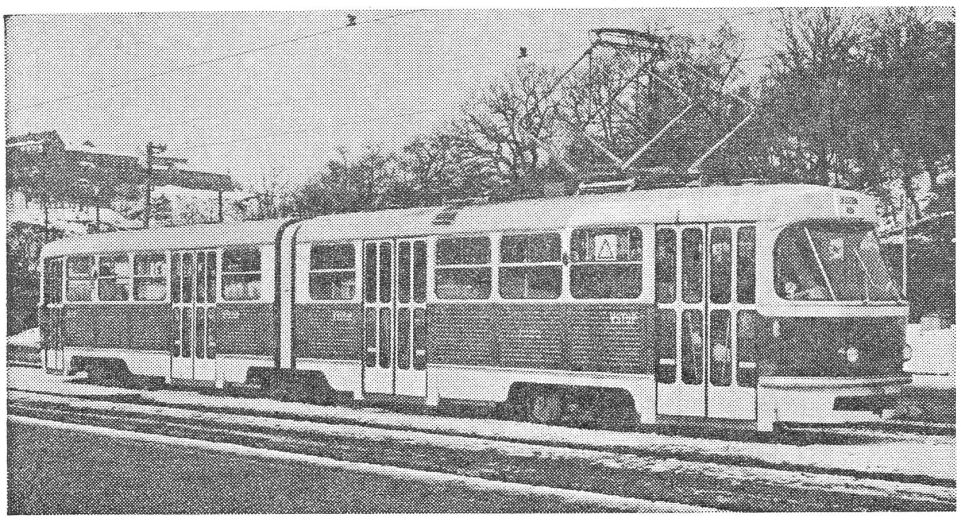
Nach Angaben anderer tschechoslowakischer Oekonomen ist die Ausrüstung der einheimischen Industrie in mancher Hinsicht veraltet, wobei es auch solche Betriebe gibt, die mit 60 bis 80 Jahre alten Werkzeugmaschinen arbeiten. In Zusammenhang mit dem niedrigen Lebensstandard der Arbeiter wird u. a. betont, dass z. B. ein tschechoslowakischer Arbeiter für ein Fernsehgerät 470 Stunden, ein westdeutscher dagegen nur 133 Stunden arbeiten muss, für die Anschaffung eines Transistorradios 117 bzw. 12 Stunden. Der auf 400 Kronen (243, Kaufkraft höchstens 100 Schweizer Franken) angesetzte monatliche Mindestlohn ist ebenfalls zu niedrig. Immerhin muss dabei auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass in den sozialistischen Staaten den Arbeitnehmern neben dem Geldlohn auch gewisse unentgeltliche Sozialleistungen zur Verfügung

Prof. Ota Sik, der «Vater der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen», ist jetzt als stellvertretender Ministerpräsident auch in der Regierung.

stehen. Wie aus allen diesen Darstellungen hervorgeht, wurde in den vergangenen vier Jahren über die Wirtschaftsreform zwar viel gesprochen, aber zu ihrer Verwirklichung (infolge der bekannten negativen Einstellung der obersten Parteileitung) nur wenig Konkretes getan. Unter solchen Umständen musste das Aktionsprogramm der neuen Parteiführung ungefähr für die gleichen Postulate eintreten wie das Reformprogramm der Oekonomen im Jahr 1964. Unter dem Titel «Demokratisierung der Wirtschaft» wird nun wieder die Selbständigkeit der Betriebe und ihrer Gruppierungen, das Recht des Verbrauchers, seinen Konsum und Lebensstil selber zu bestimmen, die freie Wahl der Arbeit usw. verlangt und auch in Aussicht gestellt.

Arbeiterräte

Als jüngstes Element kommt zu diesen Forderungen der Vorschlag über die Errichtung von *Arbeiterräten,* den Prof. Ota Sik an der Plenartagung der Tschechoslowakischen Oekonomischen Gesellschaft (20. Mai 1968) vorgetragen hat. Diese sollen von den Belegschaften frei gewählt werden, wobei auch darauf zu achten sei, dass die Ratsmitglieder zu 10 bis 30 Prozent aus *Fachleuten* bestehen. Diese neue Betriebsorganisation soll in die wichtigsten Gestionen der Betriebsleitung Einblick erhalten und über ein gewisses Mitspracherecht verfügen. Die letzte



Ziel der Produktion: Modern, exportfähig und von direktem Nutzen für die Bevölkerung. Der neue Strassenbahntyp T 3 wird in den CKD-Werken in Prag gebaut. Die neuen Tramwagen kontrastieren in Prag lebhaft zu manchem, was noch veraltet wirkt.

Entscheidung trifft, auf eigene Verantwortung, der Direktor (siehe auch KB, Nr. 13).

Die Errichtung von Arbeiterräten ist ein viel diskutiertes Problem in den osteuropäischen Staaten. Die ersten Arbeiterräte wurden in Jugoslawien und nachher im Zuge der Volkserhebung (1956) in Ungarn gegründet, wo sie aber infolge der sowjetischen Intervention nur kurzlebig gewesen sind. Moskau und die übrigen Ostblockstaaten lehnen die Arbeiterräte ab, weil sie darin die Gefährdung der führenden Rolle der Partei sehen. Es ist deshalb bemerkenswert, dass man nun auch in der Tschechoslowakei solche Arbeiterräte gründen will, die sich gewiss besser bewähren werden als diejenigen in Jugoslawien, da sich unter ihren Mitgliedern auch Fachleute befinden.

Die UdSSR diktiert

Eines der wichtigsten Probleme der tschechoslowakischen Wirtschaft stellen die *Beziehungen zur Sowjetunion* dar. Vor dem Zweiten Weltkrieg war der tschechoslowakische Aussenhandel nach dem Westen ausgerichtet. Noch im Jahr 1947 betrug der Anteil der sozialistischen Staaten am Warenumsatz 19,6 Prozent und derjenige der nichtsozialistischen Länder 80,4 Prozent. Im Jahr 1967 war die Lage bereits umgekehrt: einem sozialistischen Anteil von 72 Prozent stand eine nichtsozialistische Beteiligung von 28 Prozent gegenüber.

Der Aussenhandel mit den sozialistischen Staaten und der UdSSR

	1966		*1967*	
(Millionen Kronen)	Absolut	in %	Absolut	in %
Import insgesamt	19 699	100,0	19 294	100,0
Soz. Staaten	13 847	70,3	13 889	72,0
Sowjetunion	6 585	33,4	6 950	36,0
Export insgesamt	19 764	100,0	20 622	100,0
Soz. Staaten	13 883	70,2	14 767	71,6
Sowjetunion	6 627	33,5	7 035	34,1

Quelle: «Aussenhandel der CSSR», Prag, Nr. 5/1968, S. 23/24.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist der bedeutendste Handelspartner der Tschechoslowakei die UdSSR, die etwa ein Drittel des gesamten CSSR-Aussenhandelsumsatzes auf sich vereinigt. Bis zum Ende des laufenden Fünfjahrplanes soll sich dieser Anteil auf rund 43 Prozent erhöhen.

Neben dem mengenmässigen Anteil der UdSSR am tschechoslowakischen Aussenhandel spielt das Sortiment der sowjetischen Lieferungen eine noch viel wesentlichere Rolle. Die Sowjetunion ist der weitaus *wichtigste Rohstofflieferant* der CSSR. Sie ist an den tschechoslowakischen Rohstoffimporten gegenwärtig wie folgt beteiligt: *Erdöl* 100 Prozent, *Steinkohle* 64 Prozent, *Eisenerz* 83 Prozent, *Roheisen* 75 Prozent, *Nickel* 90 Prozent, *Aluminium* 80 Prozent, *Blei* 80 Prozent, *Baumwolle* 63 Prozent, *Phosphate* 65 Prozent (vgl. «Der Aussenhandel der CSSR», Prag, Nr. 10/1967, S. 7, und «Uj Szo», Bratislava, 3. 3. 1967, S. 6). Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, ist die tschechoslowakische Industrie bezüglich der wichtigsten Rohstoffe restlos von der UdSSR abhängig, was sich noch weiter verschärft, wenn man bedenkt, dass die Schwer- und chemische Industrie des Landes sich zunehmend auf die Oelfeuerung bzw. Erdölverarbeitung umstellt. Nach den Bestimmungen des laufenden Fünfjahrplanes (1966/70) sollen die Rohstoffimporte aus der Sowjetunion um weitere 68 Prozent ansteigen. Damit wird ihr Anteil an der Gesamteinfuhr aus der UdSSR im Jahr 1970 annähernd 64 Prozent erreichen gegenüber 55 Prozent im Jahr 1966. Mengenmässig werden während dieser Periode die sowjetischen Lieferungen u. a. 50 Mio. Tonnen Eisenerz, 39 Mio. Tonnen Erdöl, 42 Mio. Tonnen Walzgut und Roheisen sowie 300 000 Tonnen Baumwolle umfassen.

Als Gegenleistung liefert die CSSR überwiegend Maschinen und Ausrüstungen, darunter 1800 Elektro- und Dieselloks, 180 Fluss- und Schleppschiffe, 152 000 Tonnen Walzwerkausrüstungen und andere Industrieerzeugnisse an die Sowjetunion.

Die Sowjetunion ist also der Rohstofflieferant der tschechoslowakischen Industrie, die diese Importe durch arbeitsintensive Maschinen und Ausrüstungen begleichen kann. Im Jahr 1967 bestanden z. B. die sowjetischen Exporte in die CSSR zu 60 Prozent aus Brenn- und Rohstoffen, die tschechoslowakischen Lieferungen dagegen zu 65 Prozent aus Maschinen und Ausrüstungen. Obwohl vor allem die aus Moskau diktierte Wirtschaftspolitik an dieser Disproportion schuld ist, betrachten die sowjetischen Oekonomen diese Lage als nachteilig für die sowjetische Wirtschaft und fordern schon seit Jahren entweder die Erhöhung der Rohstoffpreise oder eine CSSR-Beteiligung an der Erschliessung der sowjetischen Rohstoffquellen. Aus diesem Grund kam es im September 1966 zu einer Vereinbarung zwischen den beiden Staaten, wonach die CSSR sich bereit erklärte, der Sowjetunion zum Ausbau der Erdölförderung einen Kredit von 4 Milliarden Kronen (555,6 Millionen Dollar) zu gewähren. Die Rückzahlung des Kredites wird ab 1971 durch Erdöllieferungen erfolgen, deren Gesamtvolumen 60 Millionen Tonnen betragen soll. Die Laufzeit des Kredites beträgt 18 Jahre.

Neben derartigen Vereinbarungen stehen Moskau auch andere Möglichkeiten zur Verfügung, die Nachteile der einseitigen Rohstofflieferungen zu kompensieren. Eine entscheidende Rolle spielt in dieser Beziehung die *Preispolitik*, die in vielen Relationen für die Tschechoslowakei sehr diskriminierend ist. Als Beispiel kann das Erdöl angeführt werden, dessen Durchschnittspreise sich im Jahr 1966 auf Grund der amtlichen sowjetischen Aussenhandelsstatistik wie folgt gestalteten (je Tonne): Italien 8.04 Rubel, Bundesrepublik 9.18 Rubel, Japan 8.05 Rubel, *Tschechoslowakei 15.44 Rubel.*

Was ist mit dem Uran?

Der einzig wichtige Rohstoff, den die CSSR an die Sowjetunion liefern kann, ist das *Uran*, dessen Produktion, Export und Preis bisher strengstes Staatsgeheimnis gewesen sind. Erst aus einem Artikel des bereits zitierten Eugen Loebl in der Prager Volkszeitung» (14. Juni 1968, Nr. 24, S. 6) konnte man einige Einzelheiten über die ersten sowjetisch-tschechoslowakischen Uran-Verhandlungen erfahren, die Ende 1948 stattgefunden hatten. Die sowjetischen Unterhändler, schreibt Loebl, erwarteten von ihm, dem Leiter der tschechoslowakischen Delegation, dass er «als Kommunist die absolute Priorität der sowjetischen Interessen anerkennen und alles diesen Interessen unterwerfen» werde. Sie wollten die von der CSSR verlangten Weltmarktpreise für das Uran *nicht* anerkennen, obwohl Moskau für seine Getreidelieferungen an Prag die Weltmarktpreise bezahlen musste. Da Loebl auf diesen für sein Land einen Verlust von mehreren Milliarden Kronen bedeutenden Handel nicht einging, wurde er später verhaftet und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der damalige Direktor der Uranbergwerke, Ing. Rada, entzog sich diesem Schicksal, indem er sich im Garten seiner Villa erschoss. Das Uran ist einer jener Gründe, weshalb die Sowjetunion ihre Position in der Tschechoslowakei nicht aufgeben will. Der gegenwärtige tschechoslowakische Aussenhandelsminister, Ing. V. Veles, hatte erst vor kurzem in einem Interview mit der «Rude Pravo» (Prag, 1. Juni 1968) versichert, dass es undenkbar sei, dass für das tschechoslowakische Uran ein anderes Absatzgebiet als die UdSSR in Frage kommen könnte. Den Preis, den Moskau gegenwärtig bezahlt, hat er immerhin nicht bekannt gegeben. ■